

VERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Die außenpolitischen Maßnahmen der EU
---------------	---------------------------------------

Die Mitglieder des Konvents erhalten in der Anlage ein Diskussionspapier über die außenpolitischen Maßnahmen der EU.

Dieses Dokument und die darin angesprochenen Fragen sollen als Grundlage für die Aussprache auf der Plenartagung des Konvents am 11. und 12. Juli 2002 dienen.

I. EINLEITUNG

1. Viele Bürger Europas teilen die Auffassung, dass ein gemeinsames Auftreten der Europäischen Union in der Welt von Vorteil sein könnte. Gleichzeitig wird kritisiert, dass der internationale Einfluss der Union gegenwärtig hinter dem zurückbleibt, was angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, ihrer weit fortgeschrittenen Integration und der Ressourcen, über die sie insgesamt verfügt, zu erwarten wäre. Dieses Problem wurde in der Erklärung von Laeken hervorgehoben und auch von einer Reihe von Konventsmitgliedern angesprochen.
2. Im vorliegenden Dokument soll
 - erstens der bestehende Rahmen für die außenpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaft/Union beschrieben werden. Hierzu müssen i) die Rechtsgrundlage für derartige Maßnahmen (d.h. die Befugnisse, die der Gemeinschaft/Union übertragen wurden), ii) die verfügbaren Instrumente und iii) die Zuständigkeitsbereiche aller Beteiligten untersucht werden. In diesem ersten Abschnitt sind einige Fragen enthalten, die im Zusammenhang mit bestimmten Aspekten der Außenbeziehungen erörtert werden sollten;
 - zweitens eine Reihe von allgemeineren Fragen ermittelt werden, die bei der Debatte über den internationalen Einfluss der Union ebenfalls geprüft werden könnten; zudem sollen einige Denkanstöße für weitere Überlegungen zu der Frage gegeben werden, wie die Rolle der Union in der Welt gestärkt werden könnte.

II. DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

3. Die wichtigsten außenpolitischen Bereiche, für die der Gemeinschaft bei ihrer Gründung eine Rolle zugewiesen wurde (die sie bis heute hat), lassen sich unter den beiden Überschriften Handel und Entwicklungszusammenarbeit subsumieren. Seither hat die Gemeinschaft schrittweise umfassende Zuständigkeitsbereiche im Zusammenhang mit weiteren außenpolitischen Aspekten hinzugewonnen. Neben einer Reihe von ausdrücklichen außenpolitischen Befugnissen der Gemeinschaft hat der EuGH eine indirekte außenpolitische Zuständigkeit der Gemeinschaft in den Fällen anerkannt, in denen internationale Übereinkünfte für die Erreichung interner Ziele im Rahmen des Vertrags erforderlich sind oder die internen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft berühren.
4. Die informelle Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik hat sich ursprünglich außerhalb der Gemeinschaftsstrukturen entwickelt. Mit der Annahme des Vertrags über die Europäische Union im Jahr 1993 wurde jedoch ein neuer Rahmen mit der Bezeichnung Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt. Dieser Rahmen ist kürzlich mit dem Beschluss zur Einführung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erweitert worden. Der EGV sieht zudem außenpolitische Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres vor. Alle diese Entwicklungen haben zu verschiedenen Vereinbarungen über die Vertretung der Gemeinschaft in internationalen Organisationen geführt.
5. Im folgenden Abschnitt werden die vorgenannten sechs Bereiche getrennt behandelt. In der Praxis sind sie allerdings eng miteinander verknüpft, denn nach dem VEU achtet die Union auf die Kohärenz aller von ihr ergriffenen außenpolitischen Maßnahmen im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, wobei der Rat und die Kommission für diese Kohärenz verantwortlich sind (VEU Artikel 3).

A. HANDEL

Rechtsgrundlagen

6. Die Gemeinschaft besitzt die ausschließliche Zuständigkeit für die gemeinsame Handelspolitik (EGV Artikel 133 Absatz 1). Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass die Gemeinschaft die Verantwortung für die außenpolitischen Folgen der internen Maßnahmen zum Aufbau einer Zollunion übernehmen muss.
- Nach Artikel 133 Absatz 1 hat die Gemeinschaft die ausschließliche Zuständigkeit im Wesentlichen für den Warenaustausch, grenzüberschreitende Dienstleistungen und einige sehr spezifische Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums. In einer Bestimmung ist allerdings vorgesehen, dass diese Zuständigkeit durch einstimmigen Beschluss des Rates auf den gesamten Handel mit Dienstleistungen und alle Rechte des geistigen Eigentums ausgedehnt werden kann (diese Möglichkeit der Ausweitung der ausschließlichen Zuständigkeit wurde im Vertrag von Nizza noch weiter ausgebaut).

Instrumente

7. Zu den Hauptinstrumenten der Handelspolitik zählen die Handelsabkommen mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen sowie eine Reihe von autonomen Rechtsinstrumenten wie die Antidumpingverordnung und das allgemeine Präferenzsystem (APS).

Beteiligte

8. Bei formellen Abkommen legt die Kommission dem Rat einen Entwurf von Verhandlungsrichtlinien zur Annahme vor. Diese dienen nach ihrer Annahme als Grundlage für die Verhandlungen, die von der Kommission im Benehmen mit einem vom Rat gemäß dem Vertrag ernannten Ausschuss (Ausschuss "Artikel 133") geführt werden. Der Rat ist für den Abschluss der Abkommen verantwortlich. Die laufende Durchführung der Handelspolitik übernimmt die Kommission in enger Abstimmung mit dem Rat. Die Kommission wird dabei vom Ausschuss "Artikel 133" unterstützt, der regelmäßig zusammentritt.
9. Das Europäische Parlament wird zwar regelmäßig über handelspolitische Fragen informiert und zu den wichtigsten Fragen angehört, hat jedoch keine formellen Befugnisse. Der Europäische Gerichtshof hat eine umfangreiche Rechtsprechung zu Handelsfragen entwickelt. Die Errichtung der Welthandelsorganisation und die Tatsache, dass Bereiche, die nicht der gemeinsamen Handelspolitik unterliegen, in die multilateralen Handelsregelungen aufgenommen wurden, hat zu einer pragmatischen Regelung geführt, nach der die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, die Kommission jedoch die Zuständigkeit für die Verhandlungen in allen Sektoren und für die Inanspruchnahme der WTO-Streitbeilegungsverfahren behält. Der Einfluss der Gemeinschaft innerhalb der WTO entspricht ihrer Stellung als weltweit größter Handelsmacht.

Frage: Welche Lehren lassen sich aus der vergleichsweise effizienten Außenhandelspolitik der Gemeinschaft ziehen? Wie könnte diese noch wirksamer gestaltet werden? Und lassen sich die Faktoren, die für diese Effizienz ausschlaggebend sind, auch auf andere Bereiche übertragen?

B. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Rechtsgrundlagen

10. Der Vertrag sieht Maßnahmen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit vor (Artikel 177 – 181 EGV). Diese Maßnahmen ergänzen die Entwicklungs- und Kooperationsprogramme der Mitgliedstaaten. Ein ebenso wichtiger Aspekt der gemeinschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit sind die seit langem bestehenden Beziehungen der EG zu den Staaten Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans, die im Abkommen von Cotonou zwischen den AKP-Staaten, der EG und den Mitgliedstaaten (ein selbstständiges multilaterales Abkommen auf der Grundlage von Artikel 310 EGV) geregelt sind. Überdies gibt es eine Reihe autonomer Programme für die technische Unterstützung (z.B. MEDA, TACIS), die auf der Grundlage von Artikel 308 ausgearbeitet wurden. Auch in anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik können Entwicklungsaspekte eine wichtige Rolle spielen.

Instrumente

11. Die Gemeinschaft ist der weltweit größte Geber im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Ihr Entwicklungshilfshaushalt beläuft sich auf über 6 Milliarden Euro pro Jahr (ohne Heranführungshilfen), darunter 1 Milliarde Euro für die Soforthilfe und die humanitäre Hilfe. Zudem gibt es einen besonderen Fonds zur Unterstützung der AKP-Staaten (Europäischer Entwicklungsfonds), der nicht zum Gemeinschaftshaushalt zählt und eigenen Verfahren unterliegt. Darlehen für Drittstaaten werden von der Europäischen Investitionsbank vergeben. Die Regelungen über die gemeinschaftliche Entwicklungszusammenarbeit können auch Gegenstand von internen Rechtsakten sowie von Übereinkünften mit Drittstaaten oder internationalen Organisationen sein.

Beteiligte

12. Der Rat legt anhand eines Kommissionsvorschlags und im Verfahren der Mitbestimmung mit dem Europäischen Parlament den Rechtsrahmen für die Zuweisung der Gemeinschaftshilfen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie den globalen Finanzrahmen fest. Das Mitbestimmungsverfahren findet keine Anwendung beim Abschluss von internationalen Übereinkünften, die vom Rat geschlossen werden. Die Kommission ist für die Durchführung und die Verwaltung zuständig, wobei die diesbezüglichen Vorschriften im Rechtsrahmen festgelegt werden und die Mitgliedstaaten im Rahmen des Komitologie-Verfahrens eine gewisse Kontrolle ausüben können.

Frage: Könnte die Effizienz der Entwicklungspolitik durch eine Verschmelzung der verschiedenen Instrumente gesteigert werden? Ließe sich eingedenk der jüngsten Beschlüsse von Sevilla durch strukturelle Änderungen innerhalb a) der Kommission und/oder b) des Rates und/oder durch Stärkung der Rolle des Parlaments mehr Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und anderen außenpolitischen Bereichen verwirklichen?

C. WEITERE ASPEKTE DER AUSSENBEZIEHUNGEN DER GEMEINSCHAFT

Rechtsgrundlagen

13. Der Vertrag sieht ausdrücklich eine konkurrierende Zuständigkeit der Gemeinschaft/der Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen vor: Währungspolitik (Artikel 111 EGV), Forschung (Artikel 170 EGV) und Umwelt (Artikel 174 EGV). Überdies hat der EuGH eine indirekte außenpolitische Zuständigkeit der Gemeinschaft in den Fällen anerkannt, in denen – wie beispielsweise in den Bereichen Fischerei, Verkehr und Landwirtschaft – internationale Übereinkünfte für die Erreichung interner Ziele im Rahmen des Vertrags erforderlich sind oder die interne Rechtsvorschriften der Gemeinschaft berühren. Nach Artikel 310 kann die Gemeinschaft Assoziierungsabkommen aushandeln und schließen.

Instrumente

14. Zu den Hauptinstrumenten für die Regelung der äußeren Aspekte der Gemeinschaftspolitik gehören die Übereinkünfte mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen; die entsprechenden Verfahren sind in Artikel 300 EGV festgelegt. Bei diesen Übereinkünften enthält oft ein einziges Dokument eine ganze Palette von Instrumenten für die Pflege der Beziehungen (z. B. Handel, Entwicklungszusammenarbeit, Umweltpolitik, Forschungszusammenarbeit und politischer Dialog). Mittlerweile verfügt die Gemeinschaft über ein Netz von Übereinkünften mit einzelnen Ländern, Ländergruppen und internationalen Organisationen. Die frühen Abkommen wurden in vielen Fällen überarbeitet, wobei ihr Geltungsbereich ausgeweitet wurde; in einigen Fällen wurden sie durch Assoziierungsabkommen ersetzt, in denen gegenseitige Rechte und Pflichten, gemeinsame Maßnahmen und besondere Verfahren festgelegt sind. Infolgedessen verfügt die Gemeinschaft über ein ausgedehntes und heterogenes Netz von vertraglichen Beziehungen, das die ganze Welt umspannt. Diese Übereinkünfte enthalten nahezu immer die Verpflichtung zu regelmäßigen Konsultationen auf Minister- und auf Beamtenebene – wobei es je nach Übereinkunft Unterschiede in Bezug auf die Häufigkeit dieser Konsultationen und auf die Ebene und die Art der EG/EU-Vertretung (d. h. Kommission oder Rat) gibt – sowie Bestimmungen für die Streitbeilegung.

Beteiligte

15. Für die außenpolitischen Aspekte dieser Bereiche sind in der Praxis die Kommission, der Rat und die Mitgliedstaaten gemeinsam zuständig. Die Kommission ist dafür zuständig, internationale Übereinkünfte auf der Grundlage eines Mandats und von Verhandlungsrichtlinien des Rates auszuhandeln, und der Rat schließt diese Übereinkünfte nach Anhörung und Zustimmung des Europäischen Parlaments. Internationale Übereinkünfte enthalten oft sowohl Bestimmungen, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, als auch Bestimmungen, die nicht in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen ("gemischte" Übereinkünfte). Sie werden von der Gemeinschaft und von den Mitgliedstaaten gemeinsam unterzeichnet und bedürfen – was die Bestimmungen betrifft, die in die einzelstaatliche Zuständigkeit fallen – vor dem Abschluss der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten. Das bedeutet, dass auch für die Bestimmungen, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen und die mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden, ein einvernehmlicher Beschluss der Mitgliedstaaten erforderlich ist: Weigert sich nur ein Mitgliedstaat, die in seine Zuständigkeit fallenden Bestimmungen zu ratifizieren, so kann die gesamte Übereinkunft, auch die Bestimmungen, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, nicht in Kraft treten. Allerdings kann auf Interimsabkommen zurückgegriffen werden, um die Gemeinschaftsaspekte dieser Übereinkünfte vorläufig durchzuführen.

Frage: Lässt sich die Kohärenz zwischen den äußeren Aspekten der Gemeinschaftspolitik (z. B. Umwelt- und Landwirtschaftspolitik) und den anderen außenpolitischen Maßnahmen durch strukturelle Änderungen innerhalb a) der Kommission und/oder b) dem Rat verbessern? Könnten die Verfahren für gemischte Übereinkünfte vereinfacht werden?

D. GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Rechtsgrundlagen

16. Gemäß dem Vertrag bestehen die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Wahrung der gemeinsamen Werte der Union, ihrer Interessen und Unversehrtheit, dem Erhalt des Friedens und der Stärkung der Sicherheit innerhalb der Union und auf internationaler Ebene, der Förderung der internationalen Zusammenarbeit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie in der Achtung der Menschenrechte (EUV Titel V).
17. Die Mitgliedstaaten sind nach dem Vertrag verpflichtet, die GASP der Union aktiv und vorbehaltlos zu unterstützen, ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und sich jeder Handlung zu enthalten, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit in den internationalen Beziehungen schadet. Mit Blick auf die Konzipierung und Durchführung dieser gemeinsamen Politik wurden – zusätzlich zu den bestehenden Verfahren der Koordination und Konsultation – Instrumente wie die "gemeinsame Aktion" und der "gemeinsame Standpunkt" eingeführt. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde die GASP weiter verstärkt, indem das Amt des Hohen Vertreters geschaffen und die Zuständigkeit der Union für das Krisenmanagement deutlicher festgelegt wurde; zudem wurde das Instrument der "gemeinsamen Strategie" eingeführt, das sowohl Gemeinschafts- als auch GASP-Bereiche abdeckt und mit dem die Möglichkeit der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erweitert wird.
18. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es keine Begrenzungen, was den Geltungsbereich und die Intensität der Gemeinschaftsmaßnahmen anbelangt. Ob und inwieweit die Optionen, die der Vertrag bietet, genutzt werden, hängt ausschließlich vom politischen Willen der Beteiligten ab. Mit anderen Worten, aus der Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten lassen sich keine Hindernisse ableiten. (Es gibt lediglich eine – allerdings anders geartete – Einschränkung für Unionsmaßnahmen: Die Kompetenzabgrenzung zwischen Union und EG muss beachtet werden (Artikel 47 EUV).)

Instrumente

19. Bei der GASP wird auf andere Instrumente zurückgegriffen als im vergemeinschafteten Bereich. Nicht alle Maßnahmen im Rahmen der GASP beruhen auf verbindlichen Rechtsakten. Voraussetzung für Initiativen im Rahmen der GASP ist nämlich der politische Wille der Mitgliedstaaten, ihre Standpunkte zu koordinieren und zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen, damit sie gemeinsam mehr Einfluss auf internationaler Ebene ausüben können. Daher haben die Mitgliedstaaten im Unionsvertrag vereinbart, ihre systematische Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen auszubauen (ohne dass damit jedoch die Verpflichtung verbunden wäre, zu einer gemeinsamen Ausrichtung zu gelangen). Wird eine gemeinsame Ausrichtung erreicht, so kann für ihre Umsetzung ein GASP-Rechtsakt erlassen werden, obwohl dies nicht immer notwendig ist.
 - a) **Rechtsakte: gemeinsame Strategien, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Standpunkte und Beschlüsse**
20. Rechtsakte erfordern einen formellen Beschluss des Europäischen Rates oder des Rates. Gemeinsame Strategien werden vom Europäischen Rat einstimmig für die Länder/Regionen oder Bereiche beschlossen, in denen wichtige gemeinsame Interessen der Mitgliedstaaten bestehen; sie können sowohl Gemeinschafts- als auch GASP-Aspekte betreffen. Nach der Annahme einer gemeinsamen Strategie kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit Beschlüsse über Durchführungsmaßnahmen fassen. Auf diese Weise sind bislang drei gemeinsame Strategien – zu Russland, zur Ukraine und zum Mittelmeerraum – angenommen worden. Gemeinsame Aktionen betreffen Situationen, in denen eine operative Aktion der Union für notwendig erachtet wird. Sie werden (außer im Rahmen einer gemeinsamen Strategie) einstimmig beschlossen und sind für die Mitgliedstaaten bindend. Der Rat kann zudem gemeinsame Standpunkte zu internationalen und regionalen Fragen oder zu bestimmten Themen festlegen.

Diese werden – außer im Rahmen einer bereits geltenden gemeinsamen Strategie – einstimmig angenommen. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihre einzelstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten in Einklang zu bringen und diese auch im Rahmen internationaler Organisationen zu vertreten. Beschlüsse nimmt der Rat in der Regel an, um bestehende gemeinsame Standpunkte oder gemeinsame Aktionen auszuweiten oder zu ändern. Mitgliedstaaten, die einen Beschluss nicht mittragen, ihn aber auch nicht blockieren wollen, können von ihrem Recht auf konstruktive Enthaltung Gebrauch machen (Artikel 23).

b) Systematische Zusammenarbeit: Koordination, Anhörung und Unterrichtung

21. Nach dem Vertrag koordinieren die Mitgliedstaaten ihre Standpunkte in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen. Diese Koordinierung führt in vielen Fällen zu einem gemeinsamen Ansatz der EU. Die Koordinierung und Anhörung erfolgt auch in Drittstaaten, und zwar über die diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten und die Delegationen der Kommission. Bei regelmäßigen Treffen werden Informationen ausgetauscht und gemeinsame Analysen zu politischen Fragen erstellt, die anschließend als Beitrag für die Beratungen des Rates dienen können. Das Netz zur Übermittlung verschlüsselter Fernschreiben (COREU), an das alle Mitgliedstaaten, die Kommission und das Generalsekretariat angeschlossen sind, ist ein wichtiger Kanal für den Austausch von Informationen und Analysen und für die Ausarbeitung von GASP-Beschlüssen und -Erklärungen.

c) Sonderbeauftragte, politischer Dialog, Erklärungen und Demarchen

22. Die zuvor bereits übliche Praxis des Rates, Sonderbeauftragte zu ernennen, wurde mit dem Vertrag von Amsterdam (Artikel 18 Absatz 5) institutionalisiert. Die Union hat zurzeit Sonderbeauftragte vor Ort in der Region der Großen Seen, für den Nahost-Friedensprozess, den Stabilitätspakt für Südosteuropa, Afghanistan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina. Die EU führt gegenwärtig mit über 50 Ländern und 10 internationalen Organisationen einen politischen Dialog. Jährlich finden nahezu 300 Treffen – angefangen von Gipfeltagungen bis hin zu Sitzungen auf Sachverständigenebene – statt. Die Union wird vertreten durch den Vorsitz, der durch den Hohen Vertreter unterstützt wird, oder (bei den meisten Treffen im Rahmen des politischen Dialogs) durch die Troika oder allein durch den Hohen Vertreter. Die Union macht häufig Gebrauch von Erklärungen (die in Titel V des Vertrags nicht erwähnt werden), um ihre Auffassung zu internationalen Entwicklungen kundzutun; jährlich werden mehr als 100 Erklärungen veröffentlicht. Zum Mittel der Demarche greift die Union in den Fällen, in denen sie ihre Ansichten den Betroffenen direkt vermitteln will und ihr Handeln erforderlich ist: Sie sind oft vertraulich, können jedoch gegebenenfalls veröffentlicht werden.

d) Abschluss internationaler Übereinkünfte

23. Der Rat kann internationale Übereinkünfte mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen schließen (Artikel 24 EUV). Diese Übereinkünfte werden vom Vorsitz ausgehandelt, der hierzu vom Rat (einstimmig) ermächtigt wird. Solche Übereinkünfte sind nach ihrem Abschluss grundsätzlich bindend für alle Mitgliedstaaten.

e) Finanzierung der GASP

24. Der Haushalt der GASP dient als Teil des allgemeinen Gemeinschaftshaushalts (Kapitel B8) der Finanzierung operativer Maßnahmen (während die Verwaltungsausgaben im Rahmen der GASP im EG-Haushalt zulasten des Organs verbucht werden, bei dem sie anfallen). Für die Finanzverwaltung der GASP-Ausgaben, die aus dem EG-Haushalt bestritten werden, ist die Kommission zuständig. Der GASP-Haushalt beläuft sich auf durchschnittlich 30-40 Millionen Euro im Jahr (weniger als 1 % der für die Außenbeziehungen zur Verfügung stehenden Mittel) und erweist sich regelmäßig als nicht ausreichend für die Finanzierung und Durchführung der Beschlüsse im Bereich der Außenpolitik. Grundsätzlich können in diesem Falle auch Mittel

aus einer anderen (Gemeinschafts-)Haushaltlinie übertragen werden, jedoch wurde von dieser schwerfälligen und in institutioneller Hinsicht heiklen Möglichkeit bislang nur einmal Gebrauch gemacht. GASP-Maßnahmen können auch von den Mitgliedstaaten direkt finanziert werden, doch geschieht dies nur selten (z. B. bei der Übertragung von WEU-Mitteln auf die EU). Die Finanzierung von Beschlüssen ist besonders kompliziert in Bereichen mit starker außenpolitischer Dimension (und Wirkung), in denen die Gemeinschaft Befugnisse erworben hat und ausübt.

Beteiligte

25. Die GASP ist Bestandteil des einheitlichen institutionellen Rahmens. Daher bedienen sich Gemeinschaft und GASP derselben Organe. Im Rahmen der GASP ist die praktische Umsetzung der Politik jedoch weitgehend Sache der Mitgliedstaaten; die Rolle des Rates, der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments ist eine andere als im Gemeinschaftsrahmen.

Der Europäische Rat beschließt die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien, auch für die Verteidigung und Sicherheit. Er beschließt zudem einstimmig die gemeinsamen Strategien, die vom Rat vorgeschlagen werden.

Im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) kommen die Außenminister, der Hohe Vertreter und das für die Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglied zusammen, um über GASP-Fragen zu beraten; der Rat trägt für ein einheitliches kohärentes und wirksames außenpolitisches Vorgehen der Union Sorge (Artikel 13 EUV). Der Rat entwickelt auf der Grundlage der Leitlinien, Orientierungen und gemeinsamen Strategien des Europäischen Rates eine gemeinsame Außenpolitik und nimmt zu diesem Zweck gemeinsame Aktionen, gemeinsame Standpunkte, Beschlüsse, Schlussfolgerungen, Erklärungen usw. an.

Die größere Effizienz der GASP in den letzten Jahren ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass der Hohe Vertreter seit Oktober 1999 den Rat bei der Ausarbeitung und Durchführung der außenpolitischen Initiativen entscheidend unterstützt. Der Hohe Vertreter kann auch vom Rat oder vom Europäischen Rat dazu ermächtigt werden, im Namen der Union zu handeln, wie auf dem Balkan und im Nahen Osten. Nach dem Vertrag (Artikel 18 und 26) ist er insbesondere dafür zuständig, die Union bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs mit Drittstaaten zu vertreten. Er wird von einer Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit unterstützt, die auf Grundlage einer Erklärung im Anhang zum Vertrag von Amsterdam eingerichtet wurde. Seine aktive Rolle in der Krisendiplomatie, z. B. auf dem Balkan und im Nahen Osten, wurde weit- hin anerkannt.

Der Mitgliedstaat, der sechs Monate lang den Vorsitz im Rat führt, hat die wichtige Aufgabe, Initiativen vorzuschlagen, Übereinstimmungen zu ermitteln und die Durchführung von Beschlüssen zu gewährleisten. Der Vorsitz vertritt die Union bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs mit Drittländern; er vertritt auch den Standpunkt der Union in multilateralen Gremien, wie den VN, dem Europarat und der OSZE.

Die Kommission ist voll einbezogen und hat wie die Mitgliedstaaten das Recht, den Rat mit einer Frage der GASP zu befassen und ihm Vorschläge zu unterbreiten (Artikel 27 und 22 EUV). Auch sie nimmt die Vertretung der Union wahr – eine Aufgabe, für die in erster Linie der Vorsitz zuständig ist, der vom Hohen Vertreter unterstützt wird (Artikel 18 EUV). Die Delegationen der Kommission in Drittländern werden ebenfalls an den GASP-Maßnahmen beteiligt.

Der Vorsitz und die Kommission unterrichten das Europäische Parlament regelmäßig über Fragen im Zusammenhang mit der GASP (Artikel 21 VEU). Auch der Hohe Vertreter erstattet dem Europäischen Parlament regelmäßig Bericht. Nach dem Vertrag (Artikel 21) muss der Vorsitz zudem das Europäische Parlament anhören und darauf achten, dass dessen Auffassungen gebührend berücksichtigt werden.

Der Gerichtshof hat keine Zuständigkeit für GASP-Fragen, sofern es nicht um die Kompetenzabgrenzung zwischen der Gemeinschaft und der Union geht.

Frage: Wie könnte die Effizienz der GASP, die mit der Ernennung des Hohen Vertreters bereits erreicht wurde, noch weiter gesteigert werden? Sollte die Rolle des Hohen Vertreters gestärkt werden? Wenn ja, wie (indem er beispielweise ein Vorschlagsrecht erhält)? Wie lässt sich die Kohärenz zwischen der GASP und den spezifischen außenpolitischen Maßnahmen verbessern? Könnten die GASP-Instrumente vereinfacht werden, insbesondere indem die Möglichkeit vorgesehen wird, öfter vom Instrument der gemeinsamen Strategie – und dem damit verbundenen erleichterten Beschlussfassungsverfahren – Gebrauch zu machen? Wie lassen sich die diplomatischen Analyse- und Repräsentationskapazitäten der Mitgliedstaaten am besten nutzen? Wären effizientere Mittel und Verfahren für die Finanzierung der GASP denkbar?

E. EUROPÄISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Rechtsgrundlagen

26. Sicherheitsfragen werden traditionell als Teil der GASP betrachtet, seit diese im Vertrag über die Europäische Union verankert ist. Der Vertrag von Amsterdam enthält jedoch inzwischen eine ausdrücklichere Vertragsgrundlage für Sicherheitsfragen. Er sieht ausdrücklich vor, dass sich die Union an bestimmten Krisenbewältigungseinsätzen (den sog. "Petersberg-Aufgaben") beteiligen oder die Führung bei solchen Einsätzen übernehmen kann. Diese Bestimmungen führen dazu, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in erster Linie als Krisenbewältigung verstanden wird und nicht als Verteidigung des Hoheitsgebiets, obwohl der Vertrag (Artikel 17) die Möglichkeit offen lässt, dass die GASP zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. Elf Mitgliedstaaten sind NATO-Mitglieder (zehn gehören der WEU an) und von daher bereits zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet. Die übrigen Mitgliedstaaten haben den Status der Neutralität. Gemäß einem Protokoll im Anhang zum Vertrag nimmt Dänemark an der Ausarbeitung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, nicht teil.

Instrumente

27. Die ESVP stützt sich im Wesentlichen auf dieselben Rechtsakte wie die GASP. Beschlüsse über Krisenbewältigungseinsätze werden auf der Grundlage einer gemeinsamen Aktion gefasst. Allerdings wird im Vertrag (Artikel 23) ausdrücklich ausgeschlossen, dass Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen mehrheitlich gefasst werden (und die Bestimmungen des Vertrags von Nizza über die "verstärkte Zusammenarbeit" gelten für diesen Bereich nicht). Was die operativen Instrumente betrifft, so sieht der Vertrag (Artikel 17) zwar die Möglichkeit vor, dass die Union die WEU in Anspruch nimmt, um Entscheidungen und Aktionen, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen. In der Praxis erübrigt sich diese Bestimmung jedoch angesichts der Tatsache, dass die Union selbst operative Kapazitäten aufbaut, und der Vertrag von Nizza neue Bestimmungen enthält, die diesem Umstand Rechnung tragen. Das Gesamtkonzept für den Aufbau dieser Kapazitäten sieht vor, dass a) sämtliche – zivile und militärische – Instrumente, die der Union und den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, eingesetzt werden und dass b) dabei die Zusammenarbeit und Komplementarität mit der NATO erforderlich sind. (Einige Mitgliedstaaten haben auf freiwilliger Basis außerhalb des EU-Rahmens gemeinsame Einheiten wie beispielsweise das Eurokorps gebildet.)

Beteiligte

28. Bei den Beteiligten handelt es sich im Wesentlichen um dieselben wie bei der GASP, obwohl sie etwas andere Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben. Die Mitgliedstaaten sind die treibende Kraft bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Angesichts der Verantwortung der Staats- und Regierungschefs für einzelstaatliche Beschlüsse über Verteidigungsfragen und Krisenbewältigungseinsätze kommt dem Europäischen Rat eine besonders wichtige Rolle zu. Dem Rat obliegt es, einstimmig über eine Militäroperation zu beschließen. Danach müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, ob und wie sie dazu beitragen. Es gibt bereits Bestrebungen dahingehend, dass die Mitgliedstaaten ihre Kapazitäten für Beiträge zu solchen Operationen ausbauen sollen, allerdings bislang mit mäßigem Erfolg.
29. Infolge der Einführung der ESVP ist eine Reihe von neuen Strukturen innerhalb des Rates entstanden, insbesondere das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, das abgesehen von der allgemeinen Aufgabe, politische Maßnahmen im Rahmen der GASP vorzubereiten, die besondere Aufgabe hat, für die politische Kontrolle und strategische Ausrichtung in Krisenzeiten zu sorgen, der Militärausschuss, der in militärischen Fragen berät, und ein Militärstab, dessen Personal von den Mitgliedstaaten abgeordnet ist, um den Militärausschuss mit seinem militärischen Know-how zu unterstützen. Die besondere Rolle des Hohen Vertreters bei Krisenbewältigungseinsätzen wurde vom Europäischen Rat in Nizza anerkannt, indem er übereinkam, dass der Hohe Vertreter in Krisenzeiten den Vorsitz im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee übernehmen kann. Die Kommission ist bei den nicht-militärischen Aspekten der ESVP voll beteiligt.

Frage: Wie lässt sich am besten eine echte ESVP aufbauen, die den spezifischen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Ansätzen der Mitgliedstaaten Rechnung trägt? Wie lässt sich am besten sicherstellen, dass die Kapazitäten in diesem Bereich tatsächlich ausgebaut werden?

F. DIE EUROPÄISCHE UNION/EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT IN DEN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

30. Die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und multilateralen Foren ist ein wesentliches Element der Außenpolitik im allgemeinen. Multilaterale Maßnahmen finanzieller, wirtschaftlicher oder politischer Art verstärken die Stabilität und die Interdependenz auf globaler Ebene. Der internationale Einfluss der Innen- und Außenpolitik der Union ist weithin anerkannt. Die Stellung und der Status der Union in den internationalen Organisationen ist jedoch weniger deutlich und sehr komplex.
31. Die Europäische Union als solche hat in multilateralen Organisationen wie den VN, der OSZE, dem Europarat, den internationalen Finanzinstitutionen oder in internationalen Gremien wie den G7 oder G8 keinen rechtlichen Status. In den Satzungen dieser Organisationen sind im allgemeinen nur souveräne Staaten als Vollmitglieder vorgesehen.
32. Trotz dieser allgemeinen Regel hat sich die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft in den Organen und Institutionen der VN im Laufe der Jahre stark weiter entwickelt. In bestimmten Bereichen, in denen die EG/EU über ausschließliche oder geteilte Zuständigkeiten verfügt, haben die Mitgliedstaaten mit dem entsprechenden VN-Organ über eine Anerkennung/Stärkung des Status der EG verhandelt. Dadurch hat sich jedoch die Rechtsstellung der Mitgliedstaaten in diesen Organisationen in keiner Weise geändert. Derzeit hat die EG, die von der Kommission vertreten wird, in jedem einzelnen VN-Organ eine andere Rechtsstellung. Die EG ist Vollmitglied der WTO und der FAO und der Fischereiorganisationen, hat jedoch in der VN-Generalversammlung, im ECOSOC und den meisten der ihnen untergeordneten Stellen nur Beobachterstatus. Im Internationalen Gerichtshof, dem VN-Sicherheitsrat und der UNICEF hat sie keinen Status. Die EG ist "Vollteilnehmer" in der OECD. Die Kommission, die die EG vertritt, hat Beobachterstatus im Europarat und in der

OSZE und nimmt an den meisten Tätigkeiten der G7/G8 (mit Ausnahme der Finanz-G7) teil. Nimmt ein Nichtmitglied der G7/G8 den Ratsvorsitz wahr, so wird dieses zu den Gipfeln und Ministertreffen der G7/G8 eingeladen. Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten internationalen Organisationen oder den ihnen untergeordneten Stellen werden durch spezifische Vertragsbestimmungen geregelt (VN: EGV Artikel 302, Europarat: EGV Artikel 303, OECD: EGV Artikel 304).

33. Obwohl die Europäische Union in internationalen Organisationen keine Rechtsstellung hat, sind ihre Mitgliedstaaten aufgrund der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet, in diesen Organisationen für die im allgemeinen vom Vorsitz dargelegten Standpunkte der Union einzutreten. Dieser Grundsatz gilt z.B. in einer Reihe von Ausschüssen der VN-Generalversammlung, der VN-Menschenrechtskommission, im Europarat und in der OSZE. Der Mitgliedstaat, der den Vorsitz innehat, kann Initiativen im Namen der EU vorlegen, und diese Möglichkeit ist in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße genutzt worden. Außerdem werden sich nach Artikel 19 VEU die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sind, abstimmen, die übrigen Mitgliedstaaten in vollem Umfang unterrichten und sich für die Standpunkte und Interessen der Union einsetzen; die Koordinierung erfolgt derzeit vor den Sitzungen des Sicherheitsrates.
34. In den Bretton-Woods-Institutionen (IFI) gehören die EU-Mitgliedstaaten einem Spektrum unterschiedlicher IWF-Gruppierungen an, die im Exekutivdirektorium vertreten sind (die EZB wird als Beobachter eingeladen, wenn das Exekutivdirektorium Fragen im Zusammenhang mit dem Euro erörtert). Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Standpunkte informell in regelmäßig stattfindenden Sitzungen, an denen auch die Kommission teilnimmt. Bei einigen Fragen erfolgt die Koordinierung auf der Ebene des Wirtschafts- und Finanzausschusses oder unter den Finanzministern im Rat. Eine derartige Koordinierung ist viel seltener in Bezug auf Beratungen der IBRD (Weltbank). In den gemeinsamen Jahrestagungen des IWF und der IBRD legt jeder Mitgliedstaat einen schriftlichen Beitrag vor, der Präsident des Rates "Wirtschaft und Finanzen" unterbreitet eine Rede in schriftlicher Form im Namen der EU, die Kommission und die EZB haben Beobachterstatus für die uneingeschränkt zugänglichen Teile der Tagung, und die Kommission, die für die Gemeinschaft handelt, legt eine Rede in schriftlicher Form für den Entwicklungsausschuss vor.

Frage: Könnte die Union in einem breiteren Spektrum internationaler Organisationen a) mit einer Stimme sprechen oder b) mit einer gemeinsamen Aussage oder c) mit einer besseren Koordinierung auftreten?

III. ZU PRÜFENDE FRAGEN

35. Bei der Überlegung, wie weitere Fortschritte im Hinblick auf eine Maximierung des internationalen Einflusses erzielt werden können, verdienen vier Einzelaspekte eine besondere Prüfung. Bei einigen wäre eine Revision des Vertrags erforderlich.

a) Gewährleistung der Kohärenz

Es besteht allgemeines Einvernehmen darüber, dass die Union eine in sich stimmige Politik betreiben und ihre Mittel auf kohärente Weise einsetzen muss, um auf der internationalen Bühne glaubwürdig zu sein und etwas zu bewirken. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Union zu Drittländern/Regionen und ihre Tätigkeit in internationalen Organisationen unterliegen verschiedenen Regeln und Beschlussfassungsverfahren. Manche haben angeführt, dass sich mit dem derzeitigen System nur schwer sicherstellen lässt, dass die Vielzahl der Instrumente bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele harmonisch eingesetzt wird. Weist dies auf strukturelle Veränderungen innerhalb des Parlaments, der Kommission und des Rates und zwischen diesen Institutionen hin? Ließe sich - insbesondere in einer Krisensituation - in Erwägung ziehen,

dem Rat einen einzigen Vorschlag zu unterbreiten, in dem Vorschläge für den Einsatz aller einzelnen Managementinstrumente aufgeführt wären?

b) Ermittlung gemeinsamer Interessen

Das innerhalb der Europäischen Gemeinschaft/Union erreichte Maß an Integration bedeutet, dass die Mitgliedstaaten immer mehr gemeinsame Interessen haben. Die Ermittlung dieser gemeinsamen Interessen hängt teilweise von der gemeinsamen Nutzung und Bewertung von Informationen ab; dies kann auch für die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens wichtig sein. Während sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Kommission das Recht haben, Fragen im Rahmen der GASP zur Sprache zu bringen, kann ein gemeinsames Vorgehen nur gemeinsam beschlossen werden. Der Europäische Rat hat geprüft, wie er noch besser für diese strategische Aufgabe gerüstet sein könnte. Außerdem werden Regelungen im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" geprüft. Was ließe sich außerdem noch tun, um gemeinsame Interessen zu ermitteln und ihnen Priorität zu verleihen?

c) Förderung der Flexibilität

Eine dynamische Außenpolitik bedeutet, dass die Union unter Heranziehung der jeweils angemessenen Mittel unverzüglich auf internationale Entwicklungen reagieren kann. Es wird vielfach die Ansicht vertreten, dass die derzeitigen finanziellen Zwänge für die GASP und die Regel, dass die Union in der GASP nur tätig werden kann, wenn alle Mitgliedstaaten einstimmig zustimmen, die Handlungsfähigkeit der Union einschränken und zu einer Politik führen, die a) möglichst kostengünstig ist und b) nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruht. Sollte eine größere Flexibilität in Erwägung gezogen werden, damit diese Schwierigkeiten überwunden werden können?

d) Eine deutlicher vernehmbare Stimme für die Union

Herkömmlicherweise nehmen je nach Gegenstand der Vorsitz oder die Kommission die Vertretung nach außen wahr. In der Praxis hat sich mitunter insbesondere in Hauptstädten, in denen wenige Mitgliedstaaten diplomatische Vertretungen unterhalten, eine informelle Praxis einer "führenden Nation" entwickelt. Außerdem bedeutet die Einsetzung des Hohen Vertreters, dass dieser in der Praxis insbesondere in Krisensituationen häufig die Union vertritt und die Führung im politischen Dialog im Namen des Rates übernimmt. (Der politische Dialog wird auch häufig in der "Troika"-Konfiguration geführt, die vielfach für schwerfällig und ineffizient gehalten wird.) Wenn auch in spezifischen Situationen klar sein dürfte, wer in der Praxis der wichtigste Gesprächspartner in der Union ist, so ist doch die Gesamtlage für diejenigen außerhalb der Union, die einen Gesprächspartner suchen, unübersichtlich. Wie können wir der Union eine deutlicher vernehmbare Stimme verleihen?

36. Bei der Prüfung dieser vier Fragen sollten folgende grundlegenden Faktoren berücksichtigt werden:

- a) Die zunehmende Globalisierung und der Umstand, dass immer mehr im Wesentlichen interne gemeinschaftliche Politikbereiche nun eine wichtige internationale Dimension haben, machen einen echten strategischen Überblick über die internationalen Auswirkungen dieser Politiken erforderlich. Ebenso haben die Außenhandels- und die Entwicklungspolitik direkte Auswirkungen auf die Außenpolitik, während für eine glaubwürdige und effiziente Außenpolitik oftmals konkrete Maßnahmen erforderlich sind. Daher ist die Gewährleistung der Kohärenz so wichtig.

- b) Aber wenige internationale Ereignisse rufen in den einzelnen Mitgliedstaaten dieselbe Reaktion oder Reaktionen von gleicher Intensität hervor. Die geografische Lage und der historische Hintergrund sind überall anders, ebenso menschliche und wirtschaftliche Faktoren. Die traditionellen nationalen Interessen in bestimmten geografischen Gebieten und der Umfang, in dem sich die Mitgliedstaaten in diesen Gebieten engagieren wollen, sind sehr unterschiedlich. Diese traditionellen Bindungen könnten jedoch als Trümpfe der Union betrachtet werden.
- c) Alle stimmen darin überein, dass die Union gemeinsam handeln sollte, wo immer dies möglich ist. Es ist vielleicht unrealistisch anzunehmen, dass Mitgliedstaaten, die unmittelbar oder stark von einem äußeren Ereignis betroffen sind, selbst nicht handeln, nur weil die Union sich nicht auf eine Reaktion einigen kann. Wenn ein Mitgliedstaat seine vitalen nationalen Interessen als ernstlich betroffen erachtet, könnte der Druck der öffentlichen Meinung und sein nationales Parlament ihn zum Tätigwerden nötigen.

Außerdem wäre, während zahlreiche Mitgliedstaaten im Rahmen der NATO/WEU Verpflichtungen zur gegenseitigen Verteidigung eingegangen sind, eine kollektive Militäraktion der EU im derzeitigen Regelungsrahmen nicht möglich, wenn ein Mitgliedstaat angegriffen würde oder seine vitalen Interessen bedroht wären. Einige Mitgliedstaaten wären vielleicht nicht bereit, hinreichende Verpflichtungen hinsichtlich der politischen Bereitschaft oder der Mittel für militärische Fähigkeiten einzugehen. Andere führen an, dass ein mangelnder Wille zur gemeinsamen Verteidigung oder mangelnde Mittel nicht glaubwürdig wären.

- d) Die Schaffung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit ihrem speziellen Rechtsrahmen, ihren Instrumenten und Verfahren macht deutlich, dass die Mitgliedstaaten anerkennen, dass ihre vitalen Interessen zwar nicht immer zusammenfallen, sie jedoch ein gemeinsames Interesse an einer Zusammenarbeit haben, wann immer diese möglich ist. Diese Zusammenarbeit nimmt zu, und diese Tendenz ist in mehreren Verfahrensänderungen und der Einführung neuer Instrumente, wie etwa im Vertrag von Amsterdam, zum Ausdruck gekommen. Hier könnte geprüft werden, wie sich diese Tendenz weiter fördern ließe.

IV. BEREICHE, ÜBER DIE ÜBERLEGUNGEN ANGESTELLT WERDEN KÖNNTEN

- 37. Der Ansatz der EU im Bereich der Außenbeziehungen beruht darauf, dass ein gemeinsames Vorgehen auf internationaler Ebene für die Union von Vorteil ist und ihre Mittel kohärent und effizient eingesetzt werden sollten. Im Rahmen der Überlegungen darüber, wie diese Ziele in Zukunft besser verwirklicht werden könnten, ließen sich folgende allgemeine Fragen zur Sprache bringen:
 - i) Wie lässt sich zwischen den Mitgliedstaaten bei Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Traditionen und Interessen die Annäherung der Standpunkte zu den unterschiedlichen Themen der Außenpolitik fördern, und wie kann die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten verstärkt werden? Wie lässt sich sicherstellen, dass es im Zuge des nachfolgenden Prozesses der Festlegung der zu führenden Politik nicht zu einer Annäherung der Standpunkte zu einer gemeinsamen Politik auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner kommt?
 - ii) Wie kann die Kohärenz zwischen den einzelnen Zielen der Politiken der Union, z.B. zwischen der Entwicklungspolitik und anderen äußeren oder inneren Politikbereichen verstärkt werden?
 - iii) In welchem Maße könnte die Gemeinschaftsmethode auch auf weitere Politikbereiche angewandt werden? Ließen sich bei Fragen, die derzeit im Rahmen der GASP geprüft werden, mehr Möglichkeiten vorsehen, bei denen der Rat ohne den Zwang zur Einstimmigkeit Beschlüsse fassen kann? Und/oder sollten flexiblere Regelungen eingeführt werden, so dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten eine Initiative im Namen der Union unternehmen können?

- iv) Wie könnte die Gemeinschaftsmethode effizienter eingesetzt werden, z.B. durch eine stärkere Kohärenz innerhalb und zwischen a) der Kommission und/oder b) dem Rat und/oder c) durch eine Stärkung der Rolle des Parlaments?
 - v) Welche Lehren lassen sich aus den Erfahrungen mit dem kürzlich geschaffenen Posten des Hohen Vertreters ziehen?
 - vi) Was die gemeinsame Verteidigungspolitik anbelangt, welche Aufgaben sollten der Union abgesehen von den Petersberg-Aufgaben überhaupt übertragen werden? Wollen wir die Union mit wirklichen operativen Fähigkeiten, einschließlich solchen militärischer Art, ausstatten? Wenn ja, wie können wir die notwendigen Fähigkeiten bereitstellen, um glaubwürdig zu sein? Sollten wir analog zum Vorgehen bei der Währungsunion Zulassungskriterien und einen später zu erfüllenden Pakt in Erwägung ziehen?
 - vii) Besteht die Notwendigkeit, die derzeitigen Regelungen für die Vertretung der Union/Gemeinschaft in Drittländern und/oder internationalen Organisationen zu ändern?
-